



TERMINE
WWW.PLANLOS-LEIPZIG.ORG

NEWS
WWW.KNACK.NEWS

WENN MAL WAS SCHIEF GEHT
ANTIREPRESSION.NOBLOGS.ORG

70 GRÜNDE

GEGEN DIE BUNDESWEHR

Militante Kampagne gegen Wehrpflicht,
Militarisierung und Krieg



MAI 2026



Hallo liebe Schulstreikende, Hallo liebes Kanonenfutter



Autonome und anarchistische Antimilitarist*innen in Leipzig waren in den letzten Monat(en) fleißig. So wurden selbstständig 39 Gründe gegen die Bundeswehr gesammelt und so aufgezeigt, dass mit vielfältigen Mitteln gegen die Wehrpflicht, Militarisierung und eine deutsche Kriegsbeteiligung gekämpft werden kann.

Wir wünschen allen die streiken, allen die demonstrieren und allen die den Herrschenden Feuer unterm Hintern machen viel Erfolg.

Wir hoffen euch gefallen unsere hier u.a. von www.knack.news und de.indymedia.org dokumentierten Beiträge und ihr verzeiht, dass die Gründe etwas wohlwollend gezählt wurden. Immerhin hat die Bundeswehr bei ihrer Kampagne auch ordentlich geschummelt, da darf auch mal jede kaputte Scheibe und ein paar Klassiker des Antimilitaristischen Widerstands in Sachsens hervorgekramt werden.

Auf dass wir gemeinsam effektiv die Kriegsmaschinerie stören - mit viel mehr als diesen 70 Gründen gegen die Bundeswehr! Keine neue Wehrpflicht und nie wieder Krieg!

Autonome Gruppen Leipzig



dass die „Parade“, wie sie genannt wurde, nicht am Zielort ankam und diskutieren aktuell eine Wiederholung der Demo. Aber vielleicht war aus dem Camp mehr nicht rauszuholen und man sollte nach vorne schauen. Für die Polizei, nach der Niederlage des Campverbots und der Aktionen im Nachhinein ein Stempel, dem sie dem Camp aufsetzen. Viele Ermittlungsverfahren wegen (schweren) Landfriedensbruch, über 1000 erfasste Personendaten, Gigabyte von Bilddaten der Campdrohne, die nun ausgewertet und zugeordnet werden, sind mit in eine Bewertung des Camps und der Demo mit einzubeziehen.

Wenn dieser Beitrag nach vorne schaut, dann muss deutlich ausgesprochen werden: Das Camp mit einer unwidersprochenen Position autoritär-dogmatischer, militaristischer Richtung z.T. antifeministisch und antiemanzipatorisch, dominiert von den „Roten Gruppen“, sollte für die Zukunft so nicht reproduziert werden. Um es diplomatisch auszudrücken.

In den zukünftigen Camps wird eine intensive Diskussion um eine emanzipatorische Perspektive der Camps von Nöten sein, wenn wir das Camp und „Rheinmetall entwaffnen“ politisch nicht aufgeben wollen. Wobei sich viele Gruppen schon bereits aus diesem rot dominierten Camp verabschiedet haben.

Oder wir organisieren mit unterschiedlichen Gruppen eine eigene Camp-Perspektive gegen Krieg und gegen jedes Militär, die das auch so meint und Antimilitarismus nicht selektiv aus einem taktischen Verhältnis benutzt.

Oder mensch tut sowohl das eine ohne das andere zu vernachlässigen. Das heißt, jene Kräfte zu unterstützen, die es auf dem Camp noch gibt, die einen universellen Antimilitarismus richtig finden, Volksbegrifflichkeiten hinterfragen und Militär und Patriarchat nicht abspalten etc. Das hieße im Vorfeld Kontakt aufzunehmen mit anderen Gruppen und eigenen Inhalten und Aktionsvorstellungen in das Camp hineinzutragen.

Auch um diejenigen, die eine Perspektive jenseits autoritärer, marxistisch-leninistischer

Gruppen suchen, zu erreichen. Vielleicht kann ein anarchistisches Barrio viel mehr im Vorfeld auch politisch vorbereitet werden, um stark aufgestellt vor Ort zu sein und nicht erst, aus guten Ansprüchen heraus, sich erst vor Ort organisieren, um niemanden aus z.B. kleinen Städten a zugrenzen. Eine stärkere Organisation der vielschichtigen anarchistischen Strömung, die sich miteinander abstimmen und Sichtbarkeit und Anlaufpunkt herstellen, wäre wünschenswert. So geht es vielleicht darum, neue Bündnisse außerhalb solcher von „Roten Gruppen“ dominierten Strukturen neu aufzubauen und zu einem z.B. anarchistisch-feministisch-autonomen Widerstandscamp einzuladen.

Vielleicht ist es an der Zeit mit diesem Selbstbewusstsein in die Offensive zu gehen. Die Geschichte ist auf unserer Seite, denn Nationalismus und Patriarchat ist überall die Basis von Militär und Krieg. Das Volk gibt es nicht, es gibt Menschen, die verschiedene Pässe bekommen haben und unterschiedliche Sprachen sprechen und sich zusammenfinden können, um sich gegen alle Herrschaft zur Wehr zu setzen.

Wir sollten offensiv eine Perspektive gegen jede Wehrpflicht in jedem Land in den Raum stellen und damit keine Zeit verlieren. Der Feind steht in jedem Land, heißt Ausbeutung und Unterdrückung. Er ist international organisiert und heißt Patriarchat. Und jeder Deserteur, jede Deserteur*in schwächt Militär.

No nation united us – no border divide us.

Provisorischer Anarchistischer Antikriegsrat



der „revolutionäre Block“ wie eine identitäre Positionierung, die Radikalität imitiert ohne sie einlösen zu können und auch nicht zu wollen. Es war die Selbstdarstellung einer Idee, geleitet von dem Transparent „Die revolutionäre Seite aufbauen – Krieg dem Krieg“. Eine Idee eines Kommunismus, die leer blieb und etwas autistisches hatte. Schon früh war erkennbar, dass ein Block geschlossen, und mit diesem Ausdruck einfach nicht bis zum Ende der Demo durchzubringen war.

Für die Polizei war der Block der Magnet, der sie anzog und mit dem sie die Reibung suchten. Und der Block agierte, örtlich sinnfrei und nicht ganz passend, indem Bengalos in den Farben Palästinas gezündet wurden. Was die Bullen erneut auf den Plan rief. Vorher waren diese „genervt“, wegen der miteinander verknoteten Transpis des Blocks. Über allem schwebte die Drohne und filmte jedes Gesicht, wie auch schon auf dem Camp. Wir wissen, wenn die Polizei einen Grund finden will, dann findet sie auch einen, um eine Demo nicht ankommen zu lassen.

Gescheitert mit dem Verbotsantrag und der Aktionen in und um Köln herum gegen die Bundeswehr und Waffenfabriken, die sie nicht haben verhindern können, war klar, dass die Demo eine Abrechnung wird. Und die „Revolutionäre“ lieferten sich auf dem Silbertablett en bloc. Die Demoleitung, bestehend u.a. aus dem Friedensforum Köln, versuchte gegenüber der Polizei, die Demo und den Block abzusichern, aber irgendwann war damit Schluss. Der Zug wurde wiederholt angehalten, der Block gewaltsam vom Rest der Demo getrennt und isoliert. Auch wenn die Demo stehen blieb und sich solidarisch verhielt, war der Spielraum begrenzt, aber es gab ihn noch. Denn der ebenfalls mitgekesselte anarchistische Block war einfach, schwuppdwupp, verschwunden.

Erst wurden vereinzelt, aufgrund von Kameraaufzeichnungen und wahrscheinlich eher lächerlicher Vorwürfe, Menschen gewaltsam aus dem „revolutionären Block“ gezogen, dann der Lautsprecherwagen durchsucht. Am Schluss gewährte die Polizei dann den Abzug aller De-

monstrant*innen, wenn sie den Block verlassen würden und man würde nur diejenigen festnehmen, die Straftaten oder ähnliches begangen haben. Auf so eine Spaltung kann man sich natürlich nicht einlassen, also blieb der Block zusammen.

Er verharrte aber auf der Stelle, unternahm keine Initiative mehr und war auch sonst nicht sehr beweglich. Die Cops ergriffen die Chance, als der Block keine Initiative ergriff, außer der Dinge zu harren, die da kommen mögen. So konnte die Polizei dann über zehn Stunden die Einkesselten nacheinander ED-behandeln. Schon am Vortag wurden bei einer Aktion 200 Menschen gekesselt und ED-behandelt. Nun waren es über 500 Menschen, die Einkesselten sangen in beeindruckender Ausdauer, riefen und schrien über Stunden, was sicher auch zur Stärkung eines identitären Wir-Gefühls beigetragen hat.

Davon kann mensch sich emotional bewegen lassen, wer aber „revolutionäre Politik“ nicht auf den moralischen Aspekt des „Wir sind die Guten und Edlen“ reduziert, hat sich das angeschaut, ohne sich mitreißen zu lassen. Denn in diesem Block waren die Freunde Stalins und Lenins und des Volkskrieges auch vertreten, deren Positionen auch einige jüngere Genoss*innen leider nachbeteten. Politisch aus einer revolutionär-anarchistischen Position betrachtet, war da viel, was einen Sinn zu machen schien.

Aus dem Flintabereich kam dann noch eine Ergänzung: „Nach der zermürbenden Grossdemo hatten sich einige Gruppierungen (...) gegenseitig die Schuld an der Polizeirepression zugeschoben. Abends saßen Jungmänner an einem der Lagerfeuer und haben stolz ihre „Kriegsverletzungen“ aus den Konfrontationen mit den Cops gezeigt. Es gab weitere unliebsame Vorfälle durch auf Krawall gebürstete Mitmenschen, die patriarchale Männlichkeitsanforderungen anscheinend unzureichend hinterfragten. Kurzum: Die FLINTA* haben sich über die Häufigkeit des Reproduzierens patriarchaler Verhaltensweisen (auf einen Antikriegscamp!) sehr gewundert.“

Die Veranstalter*innen der Demo bedauerten,

Gegen die neue Rüstungswissenschaft und -wirtschaft!

Die Stadt Leipzig will mithilfe des Fraunhofer-Instituts zum Rüstungsstandort werden. Dies geht aus einem Artikel der LVZ hervor, nach dem sich sächsische Politiker mit hochrangigen Militärs auf einer Konferenz trafen um zu diskutieren, wie sowohl Wirtschaft als auch Wissenschaft in Sachsen auf Kriegskurs gebracht werden könne.

<https://knack.news/16195>

Zudem soll ein neues „Wissenschaftsnetzwerk“ entstehen – also ein Zusammenschluss aller wissenschaftlichen Verbände die bereit sind, ihr Forschung in den Dienst skrupelloser Rüstungsunternehmen zu stellen, die mit den Kriegen überall auf der Welt Milliarden verdienen.

Das Fraunhofer-Institut, das sich selbst als eines der führenden Institute für Verteidigungs- und Sicherheitsforschung in Deutschland sieht, soll

eine neue Außenstelle in Leipzig bekommen. Diese soll einzig und allein der militärischen Forschung dienen und die Stadt damit langfristig in einen attraktiven Standort für Rüstungsunternehmen verwandeln. Zumindest wenn es nach dem Willen der Bundeswehr, der Nato und der Stadtverwaltung geht.

Mit Verweis auf das Haushaltsdefizit sollen in Leipzig nun also nicht nur die Wirtschaft, sondern auch der wissenschaftliche Betrieb auf Kriegskurs gebracht werden. Das dürfen wir nicht zulassen! Wir müssen uns breit gegen diesen Vorstoß der Rüstungslobby organisieren, vom Schulstreik hin zum Generalstreik und von symbolischer nächtlicher Militanz hin zu effektiver Sabotage der Kriegswirtschaft. Es liegt an uns allen! Denn es ist, wie schon antimilitaristische Brandstifter*innen an Bundeswehrfahrzeugen in Kassel treffend zusammenfassten:





„Dass wir uns jetzt auch hier vor Ort auf den 3. Weltkrieg vorbereiten sollen, bringt uns die Realität der Welt nach Hause. Denn all die Jahre, in denen man sich hier das Märchen von Frieden und Wohlstand erzählen konnte, donnerten anderswo die Kanonen. Der Krieg mordet seit Jahren dort, wo es noch was zu holen gibt: Im Irak, im Jemen, in Gaza, zerstört die Gesellschaften in Mexiko, Kurdistan, Brasilien und vergewaltigt in der Ukraine, im Kongo und in der Sahara. Aber wer nur auf Krieg wettet, ist unfähig zu wirklichem Frieden. Der Kampf gegen den Krieg, ist ein Kampf gegen den Kapitalismus, der jede Krise braucht, um neuen Profit zu generieren, genauso wie er ein Kampf gegen das Patriarchat ist, das seit Jahrtausenden in uns einprägt, dass es in dieser Welt immer Herrschende und Beherrschte geben wird. Für Menschlichkeit, Gemeinschaft und Würde ist in dieser Logik kein Platz. Niemals wird das unser Krieg sein. Es ist ein Krieg der Herrschenden und er trieft vor zerstörerischer Männlichkeit, Geltungswahn und Ausbeutung. Weder Trump, Putin, Xi Jinping oder Netanjahu kämpfen darin für menschliche Werte.

Von ihren Spielchen lassen wir uns nicht ablenken. Ein gutes Leben gewinnt nur dort, wo Menschen über die Staatsgrenzen hinweg für eine Welt kämpfen, die nicht zum Ausverkauf steht und in der Menschenleben, nicht zum billigen Einsatz werden. Was wir brauchen, ist eine kämpfende Friedensbewegung, die ihrem Namen wieder gerecht werden kann. Wir brauchen eine ganze Flut von Initiativen, Netzwerken, Aktionen und Widerstand, um dem drohenden Flächenbrand etwas entgegen zu setzen. Unsere Aktion ist ein Teil davon und wir freuen uns über alle, die zusammenkommen, sich organisieren, sich widersetzen und nach Lösungen suchen.“

<https://knack.news/13362>

Um klar zu machen, dass wir uns der Militarisierung in Leipzig entgegenstellen und der Logik des Krieges der Staaten immer verweigern werden haben wir gestern Nacht die Stadt Leipzig mit 4 Grillanzündern auf 4 Vorderreifen um 4 Autos gebracht. Der Ausbau von Leipzig zum Rüstungsstandort wird nicht ohne Widerstand bleiben!

von Deserteuren in allen Teilen der Welt warb und Aufkleber in vielen verschiedenen Sprachen verschenkte.

Natürlich war auch die Interventionalistische Linke (IL) anwesend, erkennbar an den pinken Basecaps. Aber bei um die Tausend oder mehr Menschen auf dem Camp war es schwierig, aus allen Bereichen etwas mitzubekommen. In den verschiedenen Zelten liefen parallel gute wie auch schlechte Veranstaltungen. Mehrere Aktionen in Köln und Umland gab es, von denen viele als erfolgreich galten. Doch wir beurteilen hier nicht, was wir nicht mit eigenen Augen gesehen haben. Denn es war üblich von den Aktionen im Stil der „roten Gruppen“ wie bei einer Propagandaveranstaltung jubelnd zu berichten und sich

selbst zu beklatschen, so dass Raum für Zwischentöne und Zweifel ausgeknipst war.

Die Abschlussdemo war eine weitere denkwürdige Angelegenheit. Für Autonome mit einem Erfahrungshintergrund militanter Demos war es wie ein Déjà-vu, bloß in verdrehter Form. Die Kommunist*innen reklamierten für sich, wie auf dem Camp mit ihrem hochtrabend genannten „revolutionären Barrio“, die Revolutionäre schlechthin zu sein. Sie mussten das auch lautstark als „revolutionärer Block“ unter Beweis stellen, als würde die Lautstärke sie zu den einzigen Vertreter*innen einer revolutionären Politik machen.

Von „Außen“ besehen, also als Revolutionäre, die keinen Block auf der Demo anstrebten, schien



Bloß weil sie rote Fahnen haben und auf den ersten Blick gegen Krieg sind? Auch die AfD gibt vor gegen Krieg zu sein – das alleine kann kein Kriterium sein.

Wieso hat die Camp-Orga politisch nicht eine Agenda, die militaristische Positionen selbstbewusst und offensiv ausschließt bzw. diese Widersprüche zur Diskussion stellt?

Ein Camp, das gegen Krieg ist, ist gegen Krieg und nicht für den gerechten Krieg, nicht den anti-imperialistischen Krieg, nicht für den Volkskrieg! So ist die scharfe Kritik an „Krieg dem Krieg“ zu lesen, die sich für „Soziale Revolution gegen jeden Krieg!“ aussprach. Würde „Krieg dem Krieg“ im Geiste eines radikalen Antimilitarismus und des antimilitaristischen Anarchisten Ernst Friedrichs gerufen, wäre sie diskutierbar. Da sie hier aber im Geiste eines Militarismus verwendet wird, der Krieg führen will und das auch so meint, kann einer solchen Parole nur eine Absage erteilt werden.

Der Frage, warum sich so viele junge Männer* und Frauen* in das „Rote Heer“ begeben und allen ernstes Patriarchat als einen Nebenwiderspruch betrachten, der mit dem Verschwinden des Kapitalismus auch verschwinden würde, widmen wir uns an dieser Stelle nicht auch noch.

Zum Glück gab es im Rahmen des Camps auch einen politisch ausgestalteten Bereich des autonomen Feminismus, in dem sich viele junge und ältere Flintas mischten. Ausgehend von der Geschichte der „Trostfrauen“ wurde ein Denkmal aufgestellt, zu Ehren der Frau, Yong I, die ihre Geschichte der sexuellen Versklavung durch das japanische Militär im Faschismus offen gemacht hat. Ausgehend von anklagenden Stimmen wurden Hunderttausende Frauen und Mädchen mit diesem Denkmal sichtbar gemacht.

In einer großen Veranstaltung im zentralen Zelt vor über 300 Menschen wurden Fakten aus vielen Armeen und Kriegen zusammen getragen, die Vergewaltigung als zentrales Moment von Militär herausgearbeitet haben. Diese Auseinandersetzung war für ältere Feminist*innen zwar nicht neu, doch die Aufzählung vieler historischer systemischer Vergewaltigungen in ver-

schiedensten kriegerischen Konflikten zeigten noch mal deutlich; ein jedes Militär betrachtet den Frauen*körper als Schlachtfeld, als militärisches Ziel.

Ein Körper der kolonisiert und kontrolliert werden muss in der Logik von Militär. Durch die thematische Präsenz, vieler Veranstaltungen und ein festes FLINTA-Zelt schufen sie einen Raum, der Krieg und Patriarchat zusammen denkt und einen Anlauf- und Organisierungsort schuf. Sie riefen zur Desertion aus den binären Strukturen und dem Freund-Feind-Denken auf.

Auch in anarchistischer Hinsicht wurden zwei Anlaufpunkte geschaffen. Das war zum einen das „Anarchistische Barrio“, in dem sich gemeinsam und selbstorganisiert koordiniert wurde und Veranstaltungen stattfanden. Und in dem ein Spitzel aus Frankreich aufflog, der von fünf Bullen geführt wurde. Und es gab ein Zelt von Anarchist*innen, Feminist*innen und Autonomen, welches vor allem für die Unterstützung



Dies ist ein Vorschlag für eine Kampagne gegen Wehrpflicht und Krieg. Eine Reihe von Aktionen soll sich vor dem nächsten Schulstreik zuspitzen. Wir wollen aufzeigen, mit welcher Vielfalt und Schlagkraft man gegen die Militarisierung der Gesellschaft vorgehen kann. Wir wollen klarmachen, dass eine Bitte an den Staat nicht ausreichen wird. Der kriegstreibende Staat ist unersättlich und kann nur durch unser aktives Handeln gestoppt werden. Gerade weil die Militarisierung alles zu durchdringen versucht, sind die Ziele auch überall zu finden: <https://ruestungsindustrie.noblogs.org/>.

Am Osterwochenende haben wir vorgelegt. Gestern gab es erheblichen Sachschaden an dem Markleeberger Bürgerbüro und Wohnort von CDU-Politiker Oliver Fritzsche. Mit einer Dose haben wir „Kriegstreiber“ gesprüht und mit

70 Gründe gegen die Bundeswehr

6 Farbgläsern die Fassade und Scheiben beschädigt. Offensichtlicher Rassismus, organisierter Klassenkampf von oben und die Wiedereinführung der Wehrpflicht muss Gegenwehr nach sich ziehen – gerade im ruhigen Bonzenvorort von Leipzig! Wir müssen die Verantwortlichen heimsuchen!

Wehrpflicht, Aufrüstung, Krieg? Nicht mit uns!

MILITARISIERUNG VON PRODUKTION, GESUNDHEITSWESEN, ÖFFENTLICHKEIT

Die schwarz-rote Regierung und eigentlich auch jede andersfarbige Herrschaftsfraktion will die ausgesetzte Wehrpflicht wieder einführen. Das ist wichtigste Schritt um wieder kriegstüchtig zu werden, da ohne Soldaten nunmal die Men-

schen fehlen, welche die geopolitischen Interessen des Staates erzwingen.

Militarisierung ist aber mehr als die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Es ist die vollumfängliche Ausrichtung der gesellschaftlichen Bereiche auf die Kriegsproduktion und die Gleichschaltung der Öffentlichkeit unter die Sachzwänge der kriegerischen Gewalt.

Im Endstadium der Militarisierung kommen die Säuberungen, die Lager und die Todesstrafe für Verweigerer. Davor entsteht in vielen kleinen Entscheidungen die Stimmung, welche das Endergebnis ermöglicht und die Entwicklung in Gang setzt.

Wir dürfen zwar noch demonstrieren, in Talkshows über Verweigerung reden und auf Arbeit krank sein, aber nur weil wir damit aktuell keine Staatsinteressen in ausreichendem Maße stören.

Den kommenden staatlichen Zwang kann man schon in den Aussagen der Politikerinnen, Kapitalisten und Militäroffiziellen erkennen. Er wird ohne mit der Wimper zu zucken im Kriegsfall angewendet werden. Stück für Stück wird erst die öffentliche Meinung beeinflusst, dann an den Errungenschaften

der Arbeiter*innenbewegung geschraubt, um am Ende das Gesundheitswesen und die nationale Produktion für Krieg auszubauen und vollständig auszurichten.

Jede Sozialkürzung, jede provozierende Aussage der Politiker oder jede Werbeoffensive der



Bundeswehr bringen uns einen Schritt näher der Militarisierung der Gesellschaft.

ZUGRIFF AUF DIE BEVÖLKERUNG ALS KANONENFUTTER

Seit ihrer Gründung ist die BRD an den Konflikten und Verbrechen in aller Welt beteiligt. Auch die Aushöhlung des Sozialstaats und der Verrat der Sozialdemokratie sind wiederkehrende Muster. Neu scheint, dass die Gewalt Gefahr läuft, auf den eigenen Straßen Einzug zu halten. Es ist das eine, die Politik der eigenen Regierung, Waffenlieferant:innen und geopolitische Schachzüge anzuprangern – seit dem Ukraine-Krieg und dem Schwächeln der US-Hegemonie mit der Möglichkeit einer multipolaren Weltordnung sieht der deutsche Staat es auf einmal nicht mehr so locker mit den eigenen Untertanen und ihrem Dienst an der Waffe. Deutschland will wieder junge Menschen zwingen können, für sein Fortbestehen elendig im Schützengraben zu verrecken. Die Pflicht wird in jedem Fall kommen, wenn die freiwillige Opferbereitschaft weiterhin ausbleibt. Es wurde auch schon mehr oder weniger offen angekündigt, dass im Ernstfall alle bis 65 Jahre dran sind – ob mit oder ohne Verweigerung. In Zukunft müssen sich alle Männer unter 45 bei der Bundeswehr abmelden wenn sie Deutschland länger als 3 Monate verlassen. Sie wollen immer bescheid wissen wie viel ihrer Zugriffsmasse, denn mehr sind wir nicht, aktuell im Einflussgebiet sind. Offensichtlicher kann das Verhältnis eines Staates zu seiner Bevölkerung nicht werden.

Es ist wichtig hervorzuheben, dass es dabei nicht um die Verteidigung unserer Nachbarschaften und (Groß-)Eltern gehen wird, sondern um die Unterordnung unter die Ziele der Herrschenden. Bei einem NATO-Einsatz oder der Verteidigung der deutschen Produktionsbesitzverhältnisse geht es nie primär um unser Leben oder irgendwelche Werte, sondern einzig und allein darum, denen, die aktuell von unserer Lohnarbeit profitieren, dies auch in Zukunft zu ermöglichen und vielleicht noch weitere Absatzmärkte zu erkämpfen. Dabei sind unsere Körper,



Beziehungen und individuellen Leben dem Staat nichts wert – außer in der Funktion als Schütze oder Kanonenfutter. Die Bundeswehr will frei über unsere Geschwister und Freunde verfügen können und uns gegen Menschen positionieren, die in derselben Lage sind wie wir.

Wir haben keine Lust, unsere Klassengeschwister in anderen Ländern abzuknallen, und die Herrschenden können das nur durchziehen, weil wir sie lassen.

VORKRIEGSSTIMMUNG: MEHR RASSISMUS, AUSBEUTUNG UND PATRIARCHAT

Der Ton wird rauer. Selbst die grünen Parteiwerte, mit denen man sich als Volkspartei etablieren konnte, werden als „Lumpenpazifismus“ verunglimpft. Der Hass auf Arme und Alternative wird als Empörung über Faulheit oder unpatriotischen Egoismus verschleiert. „Verweiblichung“, Achtsamkeit und soziales Mitgefühl werden verächtlich gemacht, während Härte im Diskurs, im Umgang und in den patriarchalen Rollenbildern wieder Einzug hält. Die Früchte des langjährigen Rechtsrucks können jetzt geerntet werden. Gewalt gegen Migrant*innen, die Forderung nach staatlich organisierter „Remigration“ und deren praktische Umsetzung, wie die ICE² in den

oder China für die globale Militarisierung und Kriegsentwicklung nicht so bedeutsam wie der „Deutsche Imperialismus“. Unter diesen Schlagwörtern marschierten dann auf dem Camp bei einer Demonstration junge Freunde der DDR in Uniform vorneweg. Niemand hatte sie dazu eingeladen, sich an die Spitze zu setzen und mit ihren Karnevalsuniformen die Clowns abzugeben. In ähnlicher Weise kaperten autoritäre Kommunist*innen gleich zu Beginn des Camps den Versuch einer offenen Diskussion. Sie besetzten bei einer sogenannten Fish-bowl-Methode alle Sprechpositionen, so dass nichts anderes durchdringen konnte, als ihre Propaganda.

Das war der Zeitpunkt, wo bei anwesenden Autonomen und Anarchist*innen die Diskussion aufbrach, ob man wieder abreisen solle. Nun könnte man den Karnevalsverein der „Freien Deutschen Jugend“ für gelungene Realsatire abtun. Aber aus dem „Revolutionären Barrio“ kamen immer wieder Töne, die dem Volkskrieg und der Volksarmee der DDR oder einer neu zu schaffenden „Roten Armee“ zusprachen. Ein Jugendlicher mit Stalin-T-Shirts wurde gefragt, ob er sich bewusst sei, für wen er da Werbung mache. Stalin hätte die Opposition umgebracht.

„Ja, die deutschen Soldaten“, spuckte der junge Kommunist freudig hervor. Und seiner Schulung folgend, sei das mit den Gulags nur Propaganda des Imperialismus. Er war sich also bewusst, was er da trug. Am Bücherstand orthodoxer Gruppen freute man sich über den Absatz von Lenins Werken und anderen historischen Verbrechern. Hammer- und Sichelfahnen ließen keinen Zweifel aufkommen, der autoritäre Kommunismus ist ein Wiedergänger, nur die kommunistische Partei mach uns frei.

Frage man den anderen bleichen Jungmacker, dessen T-Shirt den Neuaufbau der KPD propagierte, wie das vonstatten gehen sollte, dann war im Brustton der Überzeugung der „Volkskrieg“ der Weg. Wer denn das Volk sei, wurde auch beantwortet: „Die deutsche Arbeiterklasse, die Werktätigen.“ Eine Anmerkung, dass wir diesen Volkskrieg schon mal gehabt hätten und kein Bedarf danach bestünde, konterte der jun-

ge Mann mit „Aber Ihr Anarchisten seid doch auch für die Revolution“. Er verstand nicht, weil er, obwohl so jung, schon als Wiedergänger aus dem letzten Jahrtausend agierte, taub für Widersprüche.

Die jungen Frauen der marxistisch-leninistischen Jugendorganisation „Young Struggle“ (YS) wollten einer Organisatorin des Camps einen Platzverweis geben, weil die eine kritische Frage zu der durch YS betriebenen Verherrlichung der islamistischen Hamas als „Befreiungsorganisation“ zu stellen wagte. Der Volksbegriff hat ein reaktionäres Revival, als hätte es eine Auseinandersetzung zu Rassismus nie gegeben.

Wieso sind so viele zum Teil junge Menschen für so einfache, autoritäre Lösungen zu begeistern?

Werden einfache Antworten gesucht, die in der komplexen Welt mit vielen Gleichgesinnten eine Nestwärme erzeugen, die sonst so einfach nicht zu haben ist, weil um Positionen und Widersprüche gerungen werden müsste? Weil man eigentlich keine Widersprüche zulassen kann, um dieses identitäre Gebilde nicht zu gefährden? Und weil man zwischen Schule und Studium und dem Basteln an der Karriere nicht auch noch Zeit in Widersprüche verschwenden kann, sondern sich schnell und ohne große Mühe auf der richtigen Seite sehen will. Glauben sie den Scheiß, den sie da politisch vertreten? Oder geht es da gar nicht drum? Sitzen sie schon in den Startlöchern, um irgendwann kleine Machtpöstchen zu bekleiden und üben schon mal? Die Geschichte der K-Gruppen ist voll von Mitläufern, die sich irgendwann desillusioniert zurückzogen oder der Parteipolitik hingaben.

Die Frage an die Camp-Orga: Warum wird autoritären Positionen ein Platz eingeräumt?



Was war denn das?

Ein Rückblick auf „Rheinmetall entwaffnen“

Ein Rückblick auf das „Rheinmetall entwaffnen“-Camp in Köln kann nur widersprüchlich ausfallen.

Das fing schon bei dem Verbot an, das die Kölner Polizei über das Camp und die Demo verhängen wollte. Für den Versuch musste die Parole „Krieg dem Krieg“ herhalten, mit der vor allem „Rote Gruppen“ zum „Rheinmetall entwaffnen“-Camp mobilisierten. Während die juristische Auseinandersetzung lief, beantworteten „Rote Gruppen“ den Verbotsversuch mit „Krieg dem Krieg – Jetzt erst recht!“ Dies sei eine „Kampfansage (...) an alle, die für eine sozialistische Zukunft kämpfen und die wissen, dass ‚Krieg dem Krieg!‘ eben das bedeutet“. Sie suggerierten für die Camp-Orga zu sprechen.

Der Widerspruch zu der Parole „Krieg dem Krieg“ formulierte sich schnell, da sie „martialisch“ sei.

In der Kritik heißt es u.a., dass die Parole eine militante sozialrevolutionäre, feministische und antimilitaristische Perspektive auf Krieg kontrariert. „Sie grenzt pazifistische und andere Gruppen aus. Sie bleibt in militaristischer Logik verhaftet. Sie militarisiert soziale Auseinandersetzungen.“ Man trage die Parole nicht mit.

Eine Erwiderung kam nicht etwa von den „Roten“, sondern von anarchistischer Seite, die in der Intention „Krieg dem Krieg“ eher den Bezug auf den Anarchisten und Antimilitaristen Ernst Friedrich sah, der mit seinem „Krieg dem Kriege“-Buch von 1924 eine radikale Position gegen jeden Krieg bezog. Diese Lesart war aber nicht

von den „roten Gruppen“ intendiert.

Nun interessiert die Begründung nicht, welche die Polizei für ein Verbot anführte. Hätte es diese Parole nicht gegeben, sie hätte einen anderen Anlass gefunden. Wir lehnen diese Parole aus inhaltlichen Gründen ab und sind eher verwundert, wieso sich Anarchist*innen haben blenden lassen und damit einen Angriff auf Antimilitarismus assoziierten. Warum? Fakt ist: Wir haben bisher kein Camp erlebt, das sich zwar einerseits gegen Krieg und Rüstung aussprach und andererseits so viele militaristische Tendenzen aufwies, wie in Köln. Da muss Klartext geredet werden, da hilft Schönreden nichts.

Autoritäre, orthodoxe kommunistische Gruppen versuchen das Thema Krieg in einer Weise zu besetzen, die sich eines Antimilitarismus in taktischer Manier bedient, um den aktuellen Widerspruch, der allgemein gegenüber der Militarisierung vorherrscht, für sich zu nutzen. Unter dessen Deckmantel wird eine autoritäre Gesellschaftsperspektive angestrebt, die militaristische Positionen bezieht. Das fängt damit an, den Feind im eigenen Land zu sehen und nicht in jedem Land, das ein Militär unterhält, weil man dem klassischen Freund-Feindschema anhängt. Dss ist auch aktuell erkennbar in dem Versuch die Kampagne gegen Wehrpflicht auf Deutschland beschränken zu wollen und nicht internationalistisch auf jedes Land auszuweiten.

Einige Gruppen agieren sogar wie ein verlängerter Arm anderer staatlicher Interessen. Für einige autoritären Strömungen sind Russland



USA, das Ruanda-Modell in Großbritannien oder der Umgang deutscher Behörden mit afghanischen Geflüchteten, sind die Folgen. Der autoritärer werdende Kurs, sowohl in den Köpfen der Deutschen als auch in der Regierungspolitik, ist seit Jahren gut analysiert, aber wir finden partout kein effektives Gegenmittel in Zeiten einer schwächelnden linksradikalen Bewegung.

2019 haben wir noch eine groß angelegte, bundesweite Kampagne gegen die neuen Polizeigesetze auf die Beine gestellt. Die letzten ebenso einschneidenden Gesetzesverschärfungen haben kaum noch eine Reaktion hervorgerufen, obwohl sie uns doch in unserem Handeln, unserem Widerstandspotenzial und schlicht in unserer persönlichen Freiheit massiv einschränken. Autonome Massenmilitanz als niedrigschwellige Möglichkeit, sich gegen die Scheiße, die man am eigenen Leib erfährt, zu wehren, findet quasi

nicht mehr statt. Wenn sie demnächst erst mit dem neuen Polizeigesetz in Sachsen Taser und mehr Überwachung einführen und dann weitermachen mit KI-Auswertung, Gesichtserkennung, Präventivhaft oder der Tech-Faschisten-Software Palantir, dann werden wir wohl nur zuschauen können.

Außer, wir nutzen jetzt die Möglichkeiten und Kapazitäten, die uns noch bleiben, werden mehr und nehmen den Kampf mit der Militarisierung und dem Rechtsruck wieder auf.

Wir müssen weiter nach Antworten suchen, denn das wird niemand anderes tun.

GESCHICHTE DES ANTIMILITARISTISCHEN KAMPFES

Dabei könnte man sich Inspiration aus der lan-

gen Geschichte des antimilitaristischen Kampfes holen. In den verschiedenen Phasen kriegesischer Eskalation haben unsere Genoss*innen viele unterschiedliche Antworten gefunden.

In Zeiten relativer Ruhe musste jeder Versuch, die Stimmung im Land zu drehen, direkt unterbunden werden. Als die Bundeswehr 1981 das erste Gelöbnis in Bremen abhalten wollte, haben die Autonomen ihr gehörig Feuer unterm Hintern gemacht und mit Ausschreitungen den Preis für solche Veranstaltungen festgesetzt. Auch ohne Wehrpflicht und Kriegsstimmung brannten in den letzten Jahren in Sachsen einige Bundeswehrautos, denn was hier brennt, kann woanders nicht morden, und das Potential zur kriegesischen Gewalt verschwindet nicht in Friedenszeiten.

Hat der Krieg erst einmal begonnen, geht es nicht mehr um symbolische Widerstandsaktionen, sondern es muss aktiv eingegriffen werden. Sei es durch Flugblätter, Uni-Besetzungen, Desertionshilfe oder Sabotage. In Russland griff die anarchistische Gruppe B.A.O.K. konstant militärische Gütertransporte an und zeigte in Videos, wie das funktioniert. Im Vietnamkrieg haben junge Soldaten massenweise Fraggings betrie-

ben und so ihre Offiziere durch Friendly Fire daran gehindert, die Einheit in den Tod zu schicken. Wenn wir uns gut organisieren, können aus einzelnen Befehlsverweigerungen ganze Aufstände und Revolutionen entstehen, wie es 1919 beim Kieler Matrosenaufstand der Fall war, der sich dann zur kurzzeitigen Räterepublik entwickelte.

Und selbst wenn Deutschland von einem Krieg auf dem eigenen Boden verschont bleiben sollte, ist es essenziell wichtig, dass wir unsere internationalen Genoss*innen nicht im Stich lassen, denn Krieg beginnt hier – und wir sind schließlich Internationalist*innen!

Momente, an die wir uns gerne erinnern, sind beispielsweise die Bombe im strategisch wichtigen Rechenzentrum RZ 1973, die Riseup4Rojava-Kampagne der letzten Jahre oder der Krawall gegen den Reagan-Besuch 1982.

Trump hat sich für 2026 in Berlin angekündigt. Vielleicht kann man dem Kriegspräsidenten ja einen gebührenden Empfang bereiten.

Die Solidaritätszeichen helfen den Betroffenen vor Ort emotional und teilweise ganz praktisch, wenn die Kriegsmaschinerie ohne Rechenzentrum oder ein positives öffentliches Bild nicht mehr funktioniert.

ES REGT SICH WIDERSTAND

Es gibt uns Hoffnung, wenn Jugendliche auf die Straße gehen und eine Zukunft gegen die vorherrschende Misere einfordern. Wir mussten lernen, auch ohne Hoffnung und ohne das Gefühl von Erfolg weiterzukämpfen. Schließlich werden wir nicht mit gesenktem Kopf zusehen, wie die Welt untergeht. Es tut jedoch unglaublich gut zu sehen, dass sich eine neue Generation noch nicht vom allgemeinen Kampfgeistverlust anstecken lassen hat.

Es entsteht eine Bewegung, die ausgehend von Schulstreiks die Wehrpflicht verhindern will. Mittels langfristiger Selbstorganisation und noch recht appellhaften Demonstrationen soll Druck aufgebaut werden. Im Moment geht es dabei

Spontandemo gegen die Wehrpflicht in Solidarität mit dem Streik der Schüler*innen



“

Es gibt uns Hoffnung,
wenn Jugendliche
auf die Strasse
gehen und eine
Zukunft gegen die
vorherrschende
Misere einfordern.

Um unsere Solidarität mit den streikenden Schüler*innen und unsere Wut auf die Militarisierung unserer Gesellschaft auszudrücken sind wir am Abend des Streiktags laut und selbstbestimmt durch den Stadtteil Reudnitz gezogen. Hiermit wollen wir erklären, warum wir das getan haben und warum das auch dich betrifft.

Die Regierung und der Staat wollen unsere Kinder, Geschwister, Mitschüler*innen und uns endlich wieder zum Dienst an der Waffe zwingen. Derzeit ist dieser Versuch noch zaghaft, doch die neue Verpflichtung als Kanonenfutter wird bereits durch eine Propagandaoffensive vorbereitet. Die Feldjäger und Infrastrukturprojekte stehen längst in den Startlöchern. Unsere gesamte Gesellschaft, inklusive Gesundheitssystem, Bildungseinrichtungen und sozialstaatlicher Errungenschaften, soll auf Kriegstüchtigkeit umgestellt werden.

Die Produktion wird auf den Kriegsfall vorbereitet und (noch) sollen nur die jungen „Männer“ darauf vorbereitet werden, (junge) Menschen in anderen Länder abzuschießen. Nicht, weil diese ihnen etwas antun wollen – schließlich werden auch sie gezwungen –, sondern weil sich die Herrschenden über geopolitischen Einfluss, Zugang zu Ressourcen oder schlicht konträre Großmachtfantasien streiten. Die einfachen Leute haben da nicht viel mizureden. In Diktaturen wie Russland sowieso nicht, aber auch in Deutschland stellt sich keine Partei glaubhaft gegen Krieg und Aufrüstung. Sie reden von Verteidigung, meinen aber Offensivkraft: Merz will Europa militärisch anführen, die Grünen haben ihre pazifistischen Wurzeln komplett vergessen, die Linken stimmen für das Sondervermögen und die AfD kann es kaum erwarten, den militarisierten Staat übernehmen zu dürfen.

Es bleibt uns also nichts anderes übrig, als uns außerparlamentarisch zu organisieren und sich gemeinsam zu wehren. Deshalb streiken wir mit den Schüler*innen, um zu zeigen, dass wir viele sind. Deshalb versuchen wir zu stören, wo es geht, indem wir uns an Politiker wenden und die Kriegsindustrie sabotieren. Deshalb werden wir

uns weiterhin unangemeldet die Straßen nehmen und zeigen die Verantwortlichen, dass wir nicht in ihren Kriegen kämpfen werden!

Wir müssen, um als ersten Schritt den kommenden Krieg abzuwenden, die Wehrpflicht verhindern.



vor allem um die direkt Betroffenen, also Jungs ab Jahrgang 2008, doch das Thema betrifft eigentlich alle. Auch bei den älteren Generationen kommt langsam etwas ins Rollen, und immer mehr Gruppen beschäftigen sich mit Militarismus. Es wird analysiert, sich gebildet und die ersten Schritte eines potentiellen Widerstands diskutiert. Diese Dynamik innerhalb der bereits organisierten Teile der Bewegung muss deutlich an Fahrt aufnehmen und sich den Schüler*innen anschließen. Wenn wir zu lange warten, werden wir nur zuschauen können. Wenn wir uns nicht gut organisieren, werden wir überrollt werden. Und wenn wir nicht lernen, zu kämpfen, wird man uns nicht ernstzunehmen brauchen.

Sucht euch Verbündete, überlegt, was ihr bereit seid zu tun, um den Krieg zu verhindern, und kommt am 8. Mai 2026 zum bundesweiten Schulstreik!

8. MAI - TAG DER BEFREIUNG

Vor 81 Jahren, am 8. Mai 1945, haben die nationalsozialistischen Kräfte endgültig aufgegeben

und der Zweite Weltkrieg war in Deutschland vorbei. Der Faschismus deutscher Spielart hatte mit seinen Verbündeten in einem großen Teil der Welt gewütet, massenhaft gemordet und einen einzigartigen, industriell organisierten Genozid begangen. Das Streben nach „Lebensraum“, virulenter Antisemitismus, rassistische bzw. sozialdarwinistische Stimmungsmache und Großmachtfantasien führten zu noch nie dagewesener Verwüstung und Gewalt – und sind heute wieder auf dem Vormarsch.

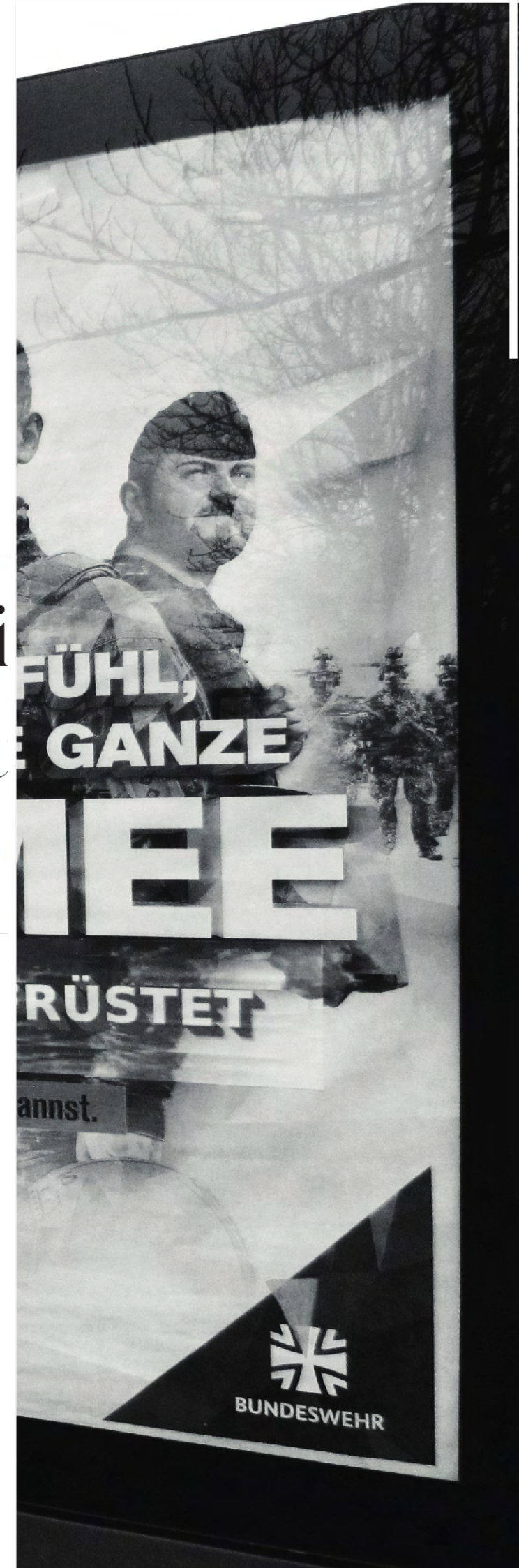
Damals reichte der Widerstand in Deutschland nicht annähernd aus, um die Faschisten aufzuhalten und Krieg und Völkermord zu verhindern. Das darf uns nicht noch einmal passieren. Auch wenn der deutsche Staat sich dieses Mal als „Hüter der Demokratie“ zu verkaufen versucht, gilt es zu verstehen, dass ein von Deutschland geführter Krieg nie gerechtfertigt sein wird. Daher sollten wir die Bundeswehr und alle, die an einem neuen Krieg arbeiten, angehen, bevor es zu spät ist.

Aus diesem Grund haben wir damit begonnen, die Kriegsindustrie zu sabotieren – mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen und die wir für notwendig erachten. Wenn sie 70 Gründe für die Bundeswehr zusammenkratzen³, sammeln wir 70 dagegen. Angefangen haben wir mit einem Graffiti und 6 Farbbomben, als 7 Gründe gegen Wehrpflicht, Aufrüstung und Krieg. Es werden weitere Gründe folgen, ob durch aufge-

hängte Transparente, das Sprühen von Parolen, mit Brandbeschleuniger oder Steinen. Egal, ob durch uns oder all die anderen dem deutschen Staat feindlich gesinnten Menschen – wir fordern sie hiermit auf, es uns gleichzutun und ihre Gründe gegen die Bundeswehr zu präsentieren.

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

13 wei
die Bu
– Kein



MITMACHEN UND FREIHEIT AUFGEBEN

Bei der Bundeswehr zu arbeiten, heißt sich unterzuordnen, gehorchen und Befehle ausführen. Mobbing und sexuelle Übergriffe stehen hier an der Tagesordnung. Bro Ken Rifle klärt auf: „Ob im Bundeswehrstudium oder in der Grundausbildung, alles was dein Vorgesetzter dir sagt, musst du tun. Ob Stiefel lecken oder auf Zivilist:innen schießen“. Die Bundeswehr nutzt gerne (Job-) Messen um sich beim jungen Publikum als modernen Arbeitgeber zu inszenieren. Teure Imagekampagnen sollen Jugendliche ins Militär locken.



Selbst der Tagesspiegel findet das fragwürdig. Die Adbusting-Plakate zeigen dem Messepublikum in Leipzig, was die Bundeswehrmarketingabteilung ihnen verschweigt.

DIE BUNDESWEHR RÜSTET NAZIS AUS

Das sich rechtsextreme Bundis mit Waffen bei der Bundeswehr bedienen, ist keine Neuigkeit. „Die Bundeswehr ist ein rechter Haufen, wo sich Faschos für ihre Umsturzfanatasien mit Kampfgeräten ausrüsten“ betont Bro Ken Rifle. Die Bundeswehr aufzurüsten, heißt auch rechtsradikalen Soldat:innen mehr Waffen zum mit nach Hause nehmen, zur Verfügung zur Stellen. Deshalb fordern die Adbusting-Aktivist:innen auf den Werbeplakaten „Bundeswehr abschaffen“.

Das junge Publikum der Leipziger Jobmesse warf am Samstag morgen skeptische Blicke auf gefälschte Bundeswehr Plakate die Antimilitarist:innen in Werbevitrinen vor das Congress Center Leipzig gehängt haben. Eigentlich stellen hier Arbeitgeber ihre Unternehmen vor, doch die bundeswehrkritischen Werbeposter zeigten den Besucher:innen, zu welchem Arbeitgeber sie besser nicht gehen sollen. Auf den veränderten Bundeswehrplakaten der Kampagne „Weil du es kannst“ sind nun Sprüche zu lesen wie: „Mitmachen und Freiheit aufgeben“ oder „Das Gefühl wenn eine ganze Armee Nazis Aufrüstet“ und „Volle Verweigerung für den Frieden“. Die Antimilitarist:innen veränderten die Werbeplakate und hängten sie, gut ersichtlich für den Besucherstrom, vor den Eingang der Messehalle. Diese Aktionsform nennt sich Adbusting. „Die gefälschten Poster setzen ein Zeichen gegen Rekrutierungsversuche der Bundeswehr auf der Jobmesse. Für die Bundeswehr zu arbeiten, heißt im Kriegsfall töten zu müssen und getötet werden“ meint Sprecher:in Bro Ken Rifle. Die Bundeswehr will auf der Jobmesse junge Menschen rekrutieren. Die veränderten Werbeposter machen deutlich warum die Bundeswehr keine Zukunftsperspektive bietet und abgeschafft gehört.

Kein Werben Fürs Sterben – Adbusting auf Leipziger Jobmesse



neue Werbeoffensiven startet und an den Plakatwänden und Leuchtreklame-Monitoren der Stadt schaltet, werden wir da sein. Beim Spazieren haben wir 10 Parolen gegen Krieg an den Wändegelassen und eine Reklametafel mit der schrecklichen BILD-Zeitungswerbung kaputt gemacht, weil dieses Schandblatt auch gehörig zum Rechtsruck und der Militarisierung beiträgt

Im September letzten Jahres wurde die Stadt bereits von 30 solcher Werbefläche bereinigt: <https://de.indymedia.org/node/537380>

Das war scheinbar so nachhaltig einschüchternd, dass Ströer seit dem keine Werbung der Bundeswehr mehr in Connewitz aufgestellt hat. Es lohnt sich also im eigenen Kiez konsequent aufzuräumen, vorallem wenn man dort wohnt

und daher die Ausdauer besitzt jeden neuen Versuch zu verhindern. Die Bundeswehr will dass wir ihnen immer melden wenn wir länger im Ausland sind: Wir sagen das geht sie

nichts an, genauso wie sie die Finger von unseren jüngeren Geschwistern lassen sollen.

Das Werben für das Sterben muss verhindert werden, genauso wie die Wehrpflicht und jeder Krieg!

3 kaputte Werbetafeln und 10 Parolen sind 13 weitere Gründe gegen die Bundeswehr!

tere Gründe gegen Bundeswehr Werben für's Sterben!

Wir haben uns sehr gefreut von dem Kampagnenvorschlag „70 Gründe gegen die Bundeswehr“ zu lesen. Wie passend, dass wir die letzten Tage in verschiedenen Wohnvierteln Leipzigs unterwegs waren und Bundeswehrwerbungen unkenntlich gemacht haben. Wir sollten fürs erste alle noch bestehenden Litfaßsäulen in der Südvorstadt, Westen und im Osten der Stadt erwischt haben. Wenn die Bundeswehr wieder



Erneute Aktion gegen Ströer/ RBL Media im Leipziger Süden



In den späten Abendstunden des 31.12.2020 haben wir sieben Jeeps der Bundeswehr auf dem Mercedesgelände in Leipzig-Schönefeld ausgebrannt. Die Bundeswehr verdient unsere Aufmerksamkeit als Element im repressiven Instrumentenkasten des Staates ebenso wie die anderen Institutionen die es in den letzten Jahren zu Silvester getroffen hat.

Für eine Kritik an der Bundeswehr ließen sich viele gute Argumente vorbringen: Die Bundeswehr führt Krieg („robuste Auslandseinsätze“). Sie ist dazu da, deutsche, staatliche Interessen mit Gewalt weltweit durchzusetzen. Es ist ein autoritär strukturierter Laden, durchzogen von rechten



Netzwerken und gekennzeichnet von Männerbündelei. Mit dem Militärdrehkreuz am Flughafen Leipzig-Halle besitzt das um seinen guten Ruf bemühte Leipzig auch eine weltweit agierende militärische Organisation. Es kann sein, dass diese naheliegenden Unannehmlichkeiten, die

die Bundeswehr dem wohlfeilen Denken beschert, uns zu einer ablehnenden Haltung gegenüber dieser Institution geführt haben. Es hat sich bei uns jedoch auch die Idee verfestigt, dass dem Staat - als Herrschaft des Menschen über den Menschen - unsere Feindschaft gilt. Die repressiven Organisationen wie beispielsweise Bullen, Bundeswehr, Justiz oder Jobcenter zur Durchsetzung dieser Herrschaft verdienen unsere Angriffe insbesondere.

**Für eine Gesellschaft
die keine Knäste mehr
benötigt!**

Brandanschlag auf sechs Bundeswehr- Jeeps 2020/21



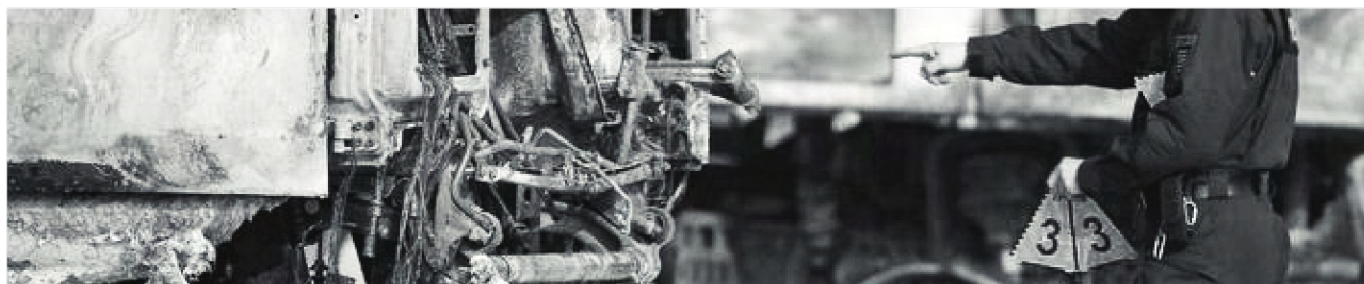


Brandanschlag auf sechs Bundeswehr- LKWs 2016

In der Nacht vom 7.3. auf den 8.3. haben wir Verantwortung übernommen. Wir haben einen Teil zur Abrüstung deutscher Großmachtträume beigetragen und in Leipzig mehrere Fahrzeuge der Bundeswehr abgefackelt.

So entstand auch dem Kriegsprofiteur MAN als Vertragswerkstatt der Bundeswehr Sachschaden.

Was hier kaputt gemacht wird kann woanders keine Menschenleben zerstören.



Seit geraumer Zeit wird das Stadtbild geprägt von Bundeswehrwerbung in den leuchtenden Werbekästen der Firma RBL Media. Diesen kaum erträglichen Zustand der widererwachenden Militarisierung, in diesem Täterland, wollen wir nicht einfach hinnehmen. Also sind wir in der Nacht vom 07.09. losgezogen und haben so viele Werbeflächen von RBL Media zerstört wie möglich. Am Ende waren es laut den Bullen wohl um die 30 Stück.

RBL Media verdient mit der Kooperation mit der Bundeswehr unsummen, finanziert mit Steuermitteln. Die Firma gehört zur Ströer Gruppe, welche damals bereitwillig Werbeflächen zur Verfügung stellen und sich damit an der Öffentlichkeitsfahndung nach Antifaschist*innen und ehemaligen Mitgliedern der Stadtguerilla beteiligt. Gründe genug, diesen Konzern anzugreifen, dessen Werbeflächen in der ganzen Stadt zu finden sind.

In Gedanken sind wir bei Maja - immernoch in Ungarn im Kankenhaus Gefangen gehalten - und der Prozess wird in Kürze fortgesetzt. Maja muss spätestens nach dem erstinstanzlichen Urteil nach Deutschland rücküberführt werden!

Wir senden kämpferische Grüße an die durch Bullengewalt verletzten vom Rheinmetall-Entwaffnen Camp!



In den frühen Morgenstunden des 09.04. haben wir die Eingänge der Allianz-Versicherung und KPMG-Wirtschaftsberatung eingeschlagen und die Parole: „Kein Krieg“ hinterlassen.

Als große Kapitalgesellschaft ist die Allianz maßgeblich an unserer Abhängigkeit vom krisenhaften Wirtschaftssystem beteiligt. Der moderne Kapitalismus hat komplett auf die Stabilität der Finanzmärkte gesetzt, weil er so die Profite auch bei Stagnation des industriellen Fortschritts wei-

ter steigern konnte. Das Ergebnis ist aber die vermehrte Abhängigkeit des gesellschaftlichen und persönlichen Wohlstands vom andauernden Erfolg dieser Spekulation. Wenn der Markt und seine Blasen zusammenbrechen, was historisch seit dem 19. Jhd ungefähr alle 10-15 Jahre passiert, werden nicht nur ihre Profite vernichtet, sondern eben auch unsere Sparanlagen, Altersvorsorgen, Häuser und Sozialsicherungssysteme. Dabei investieren sie auch noch aktiv und schamlos in die Waffenproduktionen und Kriege

aller Welt. Sie wollen uns außerdem die Bezahlung des ersten Krankheitstages wegnehmen, um die die Profitraten auch in (Vor-)Kriegszeiten hochhalten zu können.

Die KPMG ist als Wirtschaftsberatergesellschaft dafür da, die Chefetagen von anderen Unternehmen zu unterstützen die Ausbeutung ihrer Angestellten effizienter zu gestalten. Indem sie beraten wer entlassen wird, wer noch mehr gehetzt werden sollte und welche Gesetzeslücke ausgenutzt werden kann, kämpfen sie

den Klassenkampf von oben. Einer ihrer Kunden ist die Bundeswehr, der sie bei der Modernisierung ihrer Streitkräfte helfen, um wieder zur Großmacht zu werden.

Wir wollen nicht in einer moderneren Armee sterben und wir wollen keine Unterordnung unter Staat und Kapital! Deshalb sind die 15 eingeschlagenen und beschmierten Scheiben auch 15 Gründe gegen die Bundeswehr.



Neuer Schulstreik, neuer Tatendrang – Allianz und KPMG angegriffen